

18. Juli 2013

PRESSEMITTEILUNG

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION, DER EZB UND DES IWF ZUR ELFTEN GEMEINSAMEN PRÜFUNG IRLANDS

Mitarbeiter der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) kamen vom 9. bis zum 18. Juli 2013 in Dublin zur elften Prüfung des Wirtschaftsprogramms der irischen Regierung zusammen. Das Anpassungsprogramm Irlands verläuft weiterhin planmäßig, und die Renditen von Staatsanleihen liegen deutlich unter dem Niveau der letzten Jahre. In den Gesprächen mit den irischen Behörden ging es in erster Linie um die Frage, wie die noch bestehenden Herausforderungen – insbesondere das Staatsdefizit, die Arbeitslosigkeit und die notleidenden Kredite der Banken – am besten bewältigt werden können.

Die jüngsten Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigen eine schwächere Wirtschaftsentwicklung als zuvor angenommen. Die Kurzfristindikatoren fallen indes positiver aus, und es gibt Anzeichen einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage. Zwar wird nach wie vor eine hohe Arbeitslosigkeit verzeichnet, doch liegt sie derzeit auf dem tiefsten Stand seit drei Jahren. Insgesamt wird für das laufende Jahr mit einem leicht positiven Wirtschaftswachstum gerechnet, da sich das außenwirtschaftliche Umfeld verbessert und sich die Binnenwirtschaft stabilisiert.

Zahlreiche Entwicklungen, darunter die europäischen Beschlüsse zur Verlängerung der Laufzeit von Krediten, haben dazu beigetragen, den Bedarf zur Finanzierung über den Markt in den kommenden Jahren weiter zu verringern. Aber auch das Vertrauen in die irischen Behörden, dass diese an den im Rahmen des Programms geplanten Reformen festhalten, hat einen Beitrag zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen sowohl für die öffentlichen Haushalte als auch für die Banken in Irland geleistet.

Allerdings sind diese Erfolge mit Unsicherheit behaftet und müssen durch eine entschlossene Umsetzung des Programms abgesichert werden.

Die Haushaltsumsetzung für die erste Jahreshälfte verläuft planmäßig. Die neue Grundsteuer auf Immobilienvermögen (Local Property Tax) trägt zu einer Ausweitung der steuerlichen Bemessungsgrundlage bei. Die breite Akzeptanz der Vereinbarung über die Vergütung im öffentlichen Dienst ist positiv zu bewerten, da so die notwendigen Einsparungen bei gleichzeitigem Schutz der staatlichen Kernaufgaben vorgenommen werden können. Um die Ausgaben im weiteren Jahresverlauf innerhalb der Vorgaben zu halten und sicherzustellen, dass die jährlichen Haushaltsziele auch dieses Jahr erreicht werden, ist eine weiterhin vorsichtige und proaktive Haushaltsführung von wesentlicher Bedeutung. Für die Aufrechterhaltung der verbesserten Finanzierungsbedingungen sind weitere Schritte hin zu tragfähigen Staatsfinanzen notwendig. Im Haushaltsjahr 2014 sollte der hohe Schuldenstand und das Defizit entsprechend den Verpflichtungen der irischen Regierung weiter zurückgeführt und an den beständigen Konsolidierungsanstrengungen festgehalten werden. Die Troika forderte die Behörden nachdrücklich zu weiteren Strukturreformen auf, um die dauerhafte Konsolidierung – bei gleichzeitigem Schutz der sozial Schwächsten – nachhaltig und wachstumsfreundlich zu gestalten.

Die Sanierung des Finanzsystems muss vorangetrieben werden, damit die Kreditvergabe belebt und die wirtschaftliche Erholung gestützt werden kann. Vorrangig zu behandeln ist dabei das hohe Volumen notleidender Kredite der Banken. Die jüngsten Gesetzgebungs- und Regulierungsmaßnahmen haben den Rahmen für die Restrukturierung notleidender Hypothekarkredite gestärkt. Von den Banken wird jetzt erwartet, dauerhafte Lösungen für Kreditnehmer mit nicht tragfähiger Finanzlage zu beschleunigen und gleichzeitig in anderen Fällen von Zahlungsrückständen Schuldendienstzahlungen wiederherzustellen. Auch in Anbetracht der wichtigen Rolle, die kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) bei der Schaffung von Arbeitsplätzen spielen können, ist eine Lösung für in Zahlungsrückstand geratene KMUs vonnöten. Die Troika begrüßte den jüngsten Erlass des Gesetzes zur Stärkung der Aufsichtskompetenzen der Zentralbank, forderte aber auch nachdrücklich dazu auf, das zentrale Kreditregister so schnell wie möglich einzuführen. Gute Fortschritte wurden bei der Ausarbeitung der aufsichtlichen Prüfungen erzielt, die zur Beurteilung der Qualität der Bankbilanzen vorgenommen werden sollten.

Die Senkung der Arbeitslosigkeit stellt nach wie vor eine der wichtigsten Herausforderungen dar. Die „Pathways to Work“-Initiative ist ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch müssen deutlich mehr Ressourcen darauf verwendet werden, um zu gewährleisten, dass ein konstruktiver Austausch mit den

Arbeitssuchenden (insbesondere den Langzeitarbeitslosen) stattfindet. Des Weiteren legte die Troika den Verantwortlichen eindringlich nahe, geeignet qualifizierte und ausgebildete Arbeitskräfte mithilfe privater Personaldienstleister zeitnah wieder zu beschäftigen. Die weitere Stärkung des Wettbewerbs in geschützten Wirtschaftsbereichen wird auch künftig von wesentlicher Bedeutung sein.

Ziel des von der Europäischen Union und dem IWF gestützten Programms für Irland ist es, Schwächen im Finanzsektor zu beheben und die irische Volkswirtschaft auf den Weg hin zu nachhaltigem Wachstum, soliden Staatsfinanzen und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu bringen, gleichzeitig aber den Schutz der Armen und sozial Schwächsten sicherzustellen. Das Programm umfasst Kredite der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten in Höhe von 45 Mrd € sowie eine Erweiterte Fondsfazilität des IWF im Umfang von 22,5 Mrd €. Mit dem Abschluss dieser gemeinsamen Prüfung, der der Zustimmung durch EU und IWF unterliegt, wäre der Weg für die Auszahlung von 2,3 Mrd € durch die EFSF und 0,8 Mrd € durch den IWF frei. Im Rahmen bilateraler Kreditvereinbarungen würden weitere 0,3 Mrd € ausgezahlt. Damit wären 97,9 % der im Rahmen des Programms insgesamt geplanten internationalen Finanzhilfen ausgezahlt. Die nächste Prüfung ist für Oktober 2013 vorgesehen.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation und Sprachendienst

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.